**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 83 (1989)

**Heft:** 2

**Artikel:** Dossier : Europäische Ökumenische Versammlung "Frieden in Gerechtigkeit" : die Eingabe des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten

**Autor:** Internationaler Bund religiöser Sozialisten

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-143453

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Die Eingabe des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten

Die religiösen Sozialisten sind eine politische Bewegung, die – durch das Evangelium motiviert – seit mehr als achtzig Jahren ein politisches Zeugnis abzulegen versucht. Sie tut das im Sinne eines demokratischen Sozialismus durch Mitarbeit in politischen Gruppen der progressiven Linken und in den Gewerkschaften, je nach den spezifischen Bedingungen eines Landes.

---

*Die Zeit drängt, dass sich die Christen aller Konfessionen gemeinsam für die Erhaltung der Erde und für eine gerechte Verteilung ihrer Güter aussprechen.*

---

Wir sind glücklich, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte katholische, orthodoxe und evangelische Christen zu gemeinsamer Beratung finden, und besonders glücklich, dass sozialethische Themen als allererste besprochen werden sollen. Sowohl die ökumenische Bewegung als auch die katholische Kirche blicken auf eine längere Tradition von Sozialenzykliken und Erklärungen zurück; nun drängt die Zeit, dass sich die Christen aller Konfessionen gemeinsam für die Erhaltung der Erde und für eine gerechte Verteilung ihrer Güter aussprechen. Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, an die Stelle der Politiker zu treten und deren Sprache zu sprechen, aber sie darf in ihren Aussagen nicht so abstrakt bleiben, dass jeder Politiker sie nach Belieben interpretieren kann. Deshalb sollten in den Erkärungen der Ökumenischen Versammlung die Konsequenzen für die praktische Politik mindestens angedeutet werden.

Am Programm der Ökumenischen Versammlung überzeugt uns die Verknüpfung des Friedens mit der Suche nach (internationaler und intranationaler) Gerechtigkeit und mit der Umwelterhaltung. Das sind auch nach unserer Meinung die wichtigsten Weltprobleme, für die heute praktikable politische Lösungen gefunden werden müssen.

Unsere politischen Grundanschauungen, die wir aus dem Evangelium herleiten, sind die einer demokratischen Gesellschaft und eines demokratischen Staates. Für die Friedensfrage heisst das, dass nicht der technokratische Kalkül, von welcher Seite er auch ausgehen möge, das letzte Wort haben darf. Im Umgang zwischen Menschen, Völkern und Staaten soll der Schwache und Kleine gleichviel gelten wie der Mächtige und Grosse.

Mit Erschrecken beobachten wir, dass sowohl in den internationalen Beziehungen als auch im Inneren jeder Gesellschaft Völker und Menschen immer stärker an den Rand gedrängt sowie von wichtigen Gütern und von Entscheidungen ausgeschlossen werden. Damit verstösst man gegen das christliche Grundprinzip der Solidarität. Viele Länder marginalisieren heute das «neue Proletariat» der Arbeitslosen, der seelisch Kranken, der Alten, der alleinerziehenden Mütter, dazu Minoritäten aller Art, zum Beispiel Einwanderer und Flüchtlinge. Es ist vor Gott nicht Recht, Menschen in ihrer Not mit Unterstützungsgeldern abzufinden und ihre Notlage als definitiv und unabänderlich zu verstehen. Ihre Marginalisierung ist ja nicht nur ein ökonomisches Faktum, sondern schliesst sie auch von wichtigen kulturellen Gütern wie Bildung und von der Mitwirkung an existentiellen politischen Entscheidungen aus. In der Situation von Ländern der Dritten Welt zeichnet sich genau das gleiche Muster einer Marginalisierung ab.

Der Umgang mit der Natur ist ein Spiegelbild der Art, wie der Mensch mit dem Menschen umgeht. Der Wille zur hemmungslosen Ausbeutung zeigt sich im Umgang mit Arbeitskräften, Handelspartnern und Gütern der Natur. Die Manipulation von Menschen ist aus den gleichen Gründen abzulehnen wie die Manipulation der Natur; beides verbietet sich aus Respekt vor dem Schöpfer und seinem Werk.

Die Massstäbe für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind daher Solidarität, Demokratie und Respekt.

*Politische Solidarität meint nicht nur das Individuum, sondern die gesamte gesellschaftliche Struktur.*

Das richtige Verhältnis zwischen Menschen in der Gesellschaft heisst in der Sprache der Politik: *Solidarität.* Dieser Begriff ist mitgeprägt worden von der jüdisch-christlichen Tradition; in ihm lebt die Nächstenliebe in unserer politischen Welt fort. Solidarität ist am prägnantesten formuliert im Satz: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Das bedeutet nicht etwa Aufopferung, nicht einseitige Betonung des Nächsten, sondern Einbringen, Ernstnehmen von uns selbst.

Für den politischen Bereich legen wir Gewicht darauf, dass Solidarität eine gegenseitige Verpflichtung bedeutet, füreinander aufzukommen. Solidarität ist nicht Hilfe in einer Richtung, sie geht nicht einseitig vom Starken zum Schwachen. Sie ist gegenseitig. Wenn wir von politischer Solidarität sprechen, ist nicht nur das Individuum gemeint, sondern die gesamte gesellschaftliche Struktur. Es geht um das Entstehen einer politischen Struktur, in welcher es Realität werden kann, dass Menschen füreinander gegenseitig aufkommen. Solidarität gegenüber den Arbeitslosen heisst nicht nur, dass wir ihnen eine Unterstützung ausbezahlen – was ja gewiss auch geschehen soll –, sondern vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze. So vermeiden wir lange dauernde Arbeitslosigkeit und geben den Arbeitlsosen die Möglichkeit, ihrerseits wieder Solidarität zu üben. Bei der politischen Solidarität muss also immer auch die strukturelle Komponente berücksichtigt werden; gegenseitige Solidarität ist unmöglich bei grosser Ungleichheit. Barmherzigkeit ist nötig, aber sie ist in grossen politischen Verbänden unzureichend. Ohne Barmherzigkeit aber würde das politische Zusammenleben ärmer um die wertvolle Möglichkeit, sich um den Mitmenschen persönlich anzunehmen.

Ausgehend von einem so umschriebenen Solidaritätsbegriff gelangen wir zur Maxime der *Gerechtigkeit* im Zusammenleben. Sie ist kein statischer Zustand, sondern ein letztes Ziel in einer sich ständig verändernden Gesellschaft. Solidarität ist der Kompass, um dieses Endziel zu erreichen. Gerechtigkeit ist niemals vollständig, sondern muss in immer neuen Formen verwirklicht werden.

*Demokratie ist eine tragende Voraussetzung des positiven Friedens.*

*Frieden* ist für uns mehr als die Abwesenheit des Krieges, obwohl diese eine erstrangige Notwendigkeit darstellt. Wenn wir über politischen Frieden sprechen, klingt bei uns der jüdisch-christliche Hintergrund des Wortes Schalom mit. Das ist ein Friede, der mehr bedeutet als die Abwesenheit von Krieg; es ist das Bild einer Welt, die von Gottes Liebe erfüllt ist.

Friede im politischen Sinn ist aber doch ein erster Ansatz für den Schalom. Angesichts des enormen Vernichtungspotentials ist dieser erste Schritt allerdings für grosse Teile der Welt eine Sache von Tod und Leben.

Einige minimale Vorbedingungen müssen für den politischen Frieden erfüllt sein: Atomare Waffen (sowohl deren Besitz als auch deren Anwendung) sind unverantwortlich. Defensive Systeme sollen soviel als möglich von einer nicht-provozierenden Art sein («strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit», Förderung vertrauensbildender Massnahmen).

Erst wenn an diesen Vorbedingungen gearbeitet worden ist, kann die positive Füllung des Begriffs «Frieden» anfangen: Das ist dann ein Friede, der mehr bedeutet als Nicht-Krieg. Demokratie ist für uns eine tragende Voraussetzung dieses positiven Friedens. Positiver Friede bedeutet ein Zusammenleben, in dem die Machtstrukturen durch demokratische Beschlussfassung beeinflusst, ja beherrscht werden.

Macht korrumpiert. Demokratie ist die beste Garantie, um die Macht kontrollierbar und beherrschbar zu halten. Demokratie kennt viele Formen und Inhalte; entscheidend ist die Kontrollierbarkeit der Macht. In der Friedensfrage gilt dies vor allem für die politische Macht, die übrigens recht oft mit ökonomischer Macht gekoppelt ist. Von positivem Frieden kann man auch in anderen Bereichen der Gesellschaft nur sprechen, wenn Macht durch Menschen oder Institutionen in Schach gehalten wird, die ihr die Balance halten.

Auch der Arbeitsfriede ist nur möglich, wenn die Arbeiterorganisationen unter demokratischen Bedingungen wirken können.

---

*Respekt bedeutet, Mensch und Natur in ihrem Wert zu belassen.*

---

Unser Kriterium für die *Erhaltung der Schöpfung* ist der Respekt. Darin klingt die jüdisch-christliche Überzeugung mit, dass die Welt samt allem, was in ihr ist, Gottes Schöpfung ist. Der Mensch darf nicht in blindem Eifer zügellos die Unversehrtheit der Schöpfung antasten. Mensch und Natur haben einen je eigenen Wert, der nicht vom ökonomischen Wert abhängt, obwohl das heute in vielen Fällen so verstanden wird.

Für die politische Welt ist *Respekt* eine neue Vokabel. Respekt war bisher nur ein Wert innerhalb der Privatsphäre, und dieser Gebrauch des Begriffs führte dazu, dass man heute dem Wort Respekt auch einen politischen Wert geben muss. In der politischen Sphäre bedeutet Respekt vor dem Menschen und vor der Natur, dass beide so belassen werden sollen, wie sie angelegt worden sind. Beide haben ein Recht auf ihr Eigenleben. Das gilt für das kleinste Pflänzlein wie für die gesamte Erde, für das Meer und für den Menschen. Auch der behinderte, der alte Mensch hat ein Recht auf sein Leben.

Respekt bedeutet die politische Verantwortung dafür, das bedrohte Leben in seiner Existenz zu schützen; Respekt bedeutet, dass in allen politischen Abwägungen der Wert des Lebens an sich mitbedacht werden muss; das geht weit über alle ökonomischen Überlegungen hinaus. Respekt bedeutet, Mensch und Natur in ihrem Wert zu belassen, selbst wenn die Macht bestünde, anders vorzugehen.

Die Menschenrechte haben ihren formellen Ausdruck gefunden in der universellen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Ein solches Grundgesetz sollte auch die Rechte der Natur garantieren. Dabei müsste als Referenz der Begriff des politischen Respektes dienen, der anzuwenden wäre, wenn sich die Interessen von Natur und Mensch aneinander stossen. Das Recht des Menschen geht dem Recht der Natur nicht automatisch vor; Respekt bedeutet grosse Sorgfalt beim Abwägen. Es ist schwierig, dass Menschen die nötige Sorgfalt ohne Mithilfe von anderen Menschen aufbringen.

Die Natur vertritt ihre Rechte nicht selber; ihre Wahrnehmung steht immer in der Verantwortung der Menschen. Nur in einer Haltung des Respektes können die Rechte des Menschen und der Natur gegeneinander abgewogen werden.

---

# Für eine feministische Theologin inakzeptabel: das Arbeitsdokument «Frieden in Gerechtigkeit»

Seit Ende letzten Jahres liegt ein erster Entwurf für das Dokument vor, das die Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» in Basel diskutieren und verabschieden soll. Die europäische Öffentlichkeit ist aufgefordert, bis zum 1. März 1989 zu diesem Dokument Stellung zu nehmen. Ein aufgrund der Eingaben überarbeiteter Entwurf soll dann den Delegierten als Verhandlungsgrundlage dienen.

Da haben also sechs männliche, mehrheitlich deutschsprachige Kirchenfunktionäre Papier produziert – im Namen eines «Wir», das sich wohl auf die europäische Christen(innen?)heit beziehen soll. Das Ergebnis ist, wie es aufgrund solcher Produktionsbedingungen zu erwarten ist: enttäuschend. Darüber sind sich nicht nur Feministinnen, sondern weite Kreise einig, die in den schweizerischen Vorbereitungsprozess der Versammlung involviert sind. Ich zähle nur die wichtigsten Gründe auf, die das Arbeitsdokument für eine feministische Theologin inakzeptabel machen:

### *1. Problemadditionen statt Ursachenanalysen*

Obwohl die Autoren den Willen kundtun, die Ursachen der katastrophalen Entwick-